

LESERZUSCHRIFTEN: IHRE MEINUNGEN - WÜNSCHE - KRITIKEN

Leserbrief zur Gemeinderatssitzung am 12. September 2007 von Lothar Israel, Wachau – Offene Bürgerliste

In Erwartung des großen Bürgerinteresses zum Thema Ersatzbrennstoffkraftwerk in Leppersdorf fand die Gemeinderatssitzung nicht wie gewohnt in der Gemeindeverwaltung in Wachau, sondern im kleinen Saal im Volkshaus Lomnitz statt. Damit sollte ermöglicht werden, dass alle interessierten Bürger diese Beratung als Besucher verfolgen können. Offensichtlich in Kenntnis und Abstimmung zwischen dem Bürgermeister und der Müller Sachsen GmbH waren zu Beginn der Veranstaltung ca. zwei Drittel der vorhandenen Sitzplätze durch Mitarbeiter des Unternehmens besetzt worden. Diese Mitarbeiter wurden mit einem Bus

nach Lomnitz gebracht. Interessierten Bürgern standen nur noch die verbleibenden Sitzplätze sowie Stehplätze im Saal und im Treppenhaus zur Verfügung. Dies führte zwangsläufig zu lautstarke und berechtigten Unmutbekundungen der Bürger im Treppenhaus. Eine Situation, die man hätte vermeiden können.

Und wenn dann der Bürgermeister auf das vorhandene Brandschutzkonzept verweist und selbst die Stehplätze im Saal verbieten will, wird erkennbar, dass die „stillen“ Zuhörer in den ersten Reihen eine vom Bürgermeister mitorganisierte Maßnahme war. Dies erinnert sehr an längst vergangen geglaubte

Zeiten, als bei politischen Veranstaltungen nur ausgesuchte Personen in den ersten Reihen sitzen durften.

Dies hat aber auch eine symbolische Bedeutung. Es zeigt, dass der Bürgermeister bemüht ist, die Bürger von sich fernzuhalten. Er möchte keine Bürgernähe. Er sucht die räumliche Distanz zu den Bürgern. Wie kann dann ein Bürgermeister noch die Meinungen und Interessen der Bürger von Wachau kennen und vertreten?

Mit der Organisation der „stillen“ Besucher hat sich der Bürgermeister und die Müller Sachsen GmbH einen Bärendienst erwiesen.

Pressemitteilung der Interessengemeinschaft „Gesunde Zukunft – keine Müllverbrennung bei Müllermilch“

Der Gemeinderat Wachau fasste am 12.09.2007 auf Antrag der Sachsenmilch AG einen Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen B-Plan Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk Leppersdorf (Verbrennungsanlage für vorsortierten Müll).

Die Vereinbarkeit dieses Beschlusses mit dem Bürgerentscheid vom 10.12.2006 wird von Bürgern und der Interessengemeinschaft „Gesunde Zukunft – keine Müllverbrennung bei Müllermilch“ bezweifelt. Die Fragestellung beim Bürgerentscheid vom 12.09.2007 lautete:

„Sind Sie dafür, dass der Gemeinderat Wachau durch Beschluss eines entsprechenden Bebauungsplanes den Bau eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerkes mit einer Kapazität von mehr als 6 t/h, höchstens jedoch 41 t/h, Ersatzbrennstoff und einer Gebäudehöhe von mehr als 25m, höchstens jedoch 48 m, im Industriegebiet Leppersdorf grundsätzlich ermöglicht?“

Deshalb erfolgte am 18.09.2007 die Einschaltung der Rechtsaufsichtsbehörde (Kommunalamt des Landkreises Kamenz sowie Regierungspräsidium Dresden) durch ein entsprechendes Schreiben von Herrn RA Hermes, Dresden, welcher einen Leppersdorfer Bürger vertritt (vgl. Pressemitteilung vom 20.09.2007). In diesem wurden die betreffenden Behörden aufgefordert, unverzüglich für die Wieder-

herstellung eines rechtmäßigen Zustandes sorgen.

Das Landratsamt hat Herrn RA Hermes mit Schreiben vom 21.09.2007 mitgeteilt, dass man die Angelegenheit prüfen werde und die Gemeinde um Vorlage des entsprechenden Beschlusses vom 12.09.2007 gebeten. Bis heute ist noch keine weitere Reaktion der Behörde erfolgt. Im Gegensatz dazu hat sich die Landrätin, Frau Petra Kockert in einer Werbebroschüre der Müller Sachsen GmbH zu dem Vorhaben schon eindeutig positiv positioniert. Deshalb wurde am 01.10.2007 beim Verwaltungsgericht Dresden ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO gestellt. Damit soll der Antragsgegnerin (Gemeinde Wachau) untersagt werden, jegliche weiteren Planungsschritte zur Verwirklichung des mit dem Aufstellungsbeschluss vom 12.09.2007 ins Auge gefassten Vorhabens- und Erschließungsplans zur Errichtung eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerkes am Standort Leppersdorf durchzuführen.

In der Begründung des Anordnungsanspruches wird durch Herrn RA Hermes u.a. darauf hingewiesen, dass in der o.g. Fragestellung kein bestimmtes Flurstück angegeben war und auch keine bestimmte Himmelsrichtung von dem vorhandenen Betriebsgelände. Es war der Fragestellung auch kein Lageplan beigelegt. Es ging somit nicht

um die Errichtung auf einem bestimmten Grundstück, sondern um den Standort als solchen. Dies kommt auch aus dem Wort „grundsätzlich“ zum Ausdruck.

Weiterhin wird in o.g. Schreiben vorsorglich darauf hingewiesen, dass die Sperrwirkung des § 24 Abs. 4 SächsGemO selbst dann nicht entfällt, wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse geändert haben (so SächsOVG, Beschluss vom 09.03.2007; 4 BS 216/06 [Beschluss zur Waldschlösschenbrücke]). Der durch einen Bürgerentscheid getroffenen Entscheidung kommt auf kommunaler Ebene besondere Bedeutung zu, da es sich um eine Verwirklichung des Demokratieprinzips auf kommunaler Ebene handelt. Ferner müsste dann bereits bei einer Fragestellung auf alle Eventualitäten ihrer möglichen Umgehung geachtet werden, dass nicht durch eine leichte Abänderung des Vorhabens der Bürgerentscheid umgangen werden könnte. Da ein Bürgerentscheid nicht eben kurzfristig und beliebig oft wiederholt werden kann, muss ihm eine möglichst effektive, seine Geltung erhaltende Auslegung zuteil werden.

Weitere Informationen können der Internetseite www.leppersdorf-gegen-muellverbrennung.de entnommen werden.

03.10.2007

Willkür oder Demokratie in Wachau? von Rainhard Gleisberg aus Seifersdorf

In regelmäßigen Abständen werden durch die Bürger der Gemeinden u.a. der Bürgermeister und die Gemeinderäte gewählt. Sie erhalten das Vertrauen der Bürger, weil sie sich mit einem Programm und Wahlversprechen in Szene gesetzt haben. Oft funktioniert das. In Wachau ist aber alles anders. Selbst als bei der letzten Kommunalwahl die absolut herrschende CDU enorm viele Plätze in Gemeinde- und Ortschaftsräten an die Offene Bürgerliste verlor, änderte die schwarze Fraktion kaum ihr Verhalten.

Auch wenn man bei einzelnen Entscheidungen vielleicht von Unfähigkeit oder Inkompetenz ausgehen könnte (z.B. die Schließung der Kita in Seifersdorf, Verschleuderung von kommunalen Eigentümern wie Schloß Wachau und Rittergut Lomnitz – letzteres wird bereits vom neuen „Investor“ für 375.000 EUR im Internet angeboten), ist allgemein zu beobachten, dass die Fraktionspolitik (die nicht mal der Parteipolitik der CDU entspricht) nichts mit Kommunalpolitik zu tun hat und gegen den Bürgerwillen gerichtet ist.

In den letzten Betriebsjahren wurde die Kita in Seifersdorf personell soweit runtergefahren, dass man mit einer Milchmädchenrechnung zu den Betriebskosten im Zusammenhang mit den zu erwartenden Kosten für die Beseitigung der zusammengesuchten, neuzeitlichen Sicherheitsrisiken die Schließung begründet hat. Dabei wären ca. 100.000 EUR notwendig gewesen, bei Akzeptanz der Eigenleistung der Bürger nur ca. 80.000 EUR, um die schönste Kita der Region wieder auf Vordermann zu bringen. Nach 52 Betriebsjahren wurde sie geschlossen.

Keiner der Politiker hat jemals aufsummiert, was diese Eigenwilligkeit die Gesellschaft gekostet hat (an Steuergeldern für beeinflusste oder inkompetente Gutachten, Auslagerung der Kindereinrichtung, Zusatzkosten für die betroffenen Eltern, Belastung der Umwelt durch zusätzliche Fahrten, Zusatzbelastung für das Personal usw. und nicht zuletzt Stress für die Kinder, dessen Auswirkungen noch unklar sind). Und es wird noch viel mehr kosten.

Um nun den Vergleich mit dem Standort „Schloß“ bestehen zu können, wurden Unterlagen vorgelegt (für 25-30 Kinder), die 100.000 EUR als Endsumme auswiesen. Diese Summe steht nach wie vor auch für das „Schloß“.

Auch wenn die Mehrheit der Bürger und der Seifersdorfer Ortschaftsrat einstimmig für das Schloß eintreten, wurde ohne viel Diskussion („die Sache muss vom Tisch!“) der Standort „alte Schule“ beschlossen.

Wenige Wochen nach dem Beschluss legte das beauftragte Architekturbüro überarbeitete Unterlagen vor, die nun 235.000 EUR auswiesen. So ein Zufall! Das war dann doch zu viel. So wurde alles noch mal überarbeitet (kostenlos?). Das Ergebnis war eine Not-Kita für max. 18 Kinder in einem einzigen Raum und soll 165.000 EUR kosten – ohne, wie so oft, die weiteren Folgekosten zu beachten (Spielplatz z. B.).

Und warum nur für 18 Kinder? In Seifersdorf gibt es ca. 35 Kinder im Alter bis 6 Jahre.

Aber weil man in Wachau lebt, braucht sich die dortige CDU nicht an der aktuellen Kinder- und

Familienpolitik zu orientieren. Und warum das Ganze? Nur um sagen zu können: „Das habt Ihr nun davon; die Kita ist ineffektiv; Ihr habt's ja so gewollt.“

Und weil diese Machenschaften um die Kita die Bürger nichts angeht, werden die Beratungen dazu vom Herrn Bürgermeister in den nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung gelegt.

Damit verstößt er immer wieder gegen die „Sächsische Gemeindeordnung“ und die „Geschäftsordnung der Gemeinde Wachau“.

Auf der Suche nach den Ursachen für dieses inkompetente und undemokratische Verhalten kommen verschiedenste Möglichkeiten in Betracht. Die anfängliche Vermutung, dass es gegen die Seifersdorfer geht, stimmt nicht mehr, seit der Bürgerentscheid der Gesamtgemeinde missachtet wird. Nun wollen die Herren auch noch den Bürgerentscheid zum Kraftwerk von Müllermilch in Leppersdorf umgehen.

Da liegt dann schon eine gewissen Machtbesessenheit („Ich bin der Staat!“) nahe.

Was auch immer, es ist nur erschreckend, dass all die demokratischen und wirtschaftlichen Verfehlungen der Verantwortlichen in Wachau von übergeordneten Ämtern, der Landrätin, der Aufsichtsbehörden usw. gedeckt oder nicht erkannt, geschweige denn geahndet werden.

Aber eins ist sicher: die nächsten Wahlen zum Bürgermeister und den Gemeinde- bzw. Ortschaftsräten werden erneut zeigen, ob sich die Bürger der Wachauer Ortsteile so entmündigen lassen.

Gewählt, um Geld zu verschleudern – von Rainhard Gleisberg aus Seifersdorf

Kaum ist der Schleudersachse 2007 gekürt, geht das Rennen um den nächsten Anwärter ohne Pause weiter. Am letzten Mittwoch haben die Wachauer CDU-Räte durchgeboxt, die Seifersdorfer Kita in einem „Karnickelstall“ für ca. 115.000 EUR zu installieren. Nur vorweg: die Planzahlen wurden in Wachau in den letzten Jahren doch meist ordentlich überboten. Selbst die Renovierung des Schuppens der „alten Schule“ wurde teurer als geplant. Vor kurzem war kein Pfennig (=0,511291Eurocent) übrig, um die Sicherheit für die Kinder nach neuesten Bestimmungen herzustellen, aber seit Müllermilch Millionen Euro Steuergelder in die Kommune pumpt, kann auch ein Bürgerentscheid mit einer gigantischen Fehlinvestition befriedigt werden. Selbst CDU-Räte und deren Ratgeber, die ein eigenes Unternehmen führen oder in einem

solchen engagiert sind, können oder wollen nicht mehr rechnen können. Und wohin der Bürgermeister sein Unternehmen „Gemeinde Wachau“ vor den Steuernachzahlungen von Müllermilch brachte, ist bekannt – Konsolidierungsprogramm hieß das Zauberwort, in der Wirtschaft heißt das Insolvenz, im Volksmund: Pleite.

Und damit jetzt nichts anbrennt, gibt es sogar einen vorzeitigen Baubeginn – Eile ist geboten, muss doch der Schwachsinn schnellstens realisiert werden, wenn die CDU das Sinnvolle schon 2 Jahre verhindert hat! Das hat nichts zu tun mit verantwortungsvollem Umgang mit Steuergeldern! Das ist gezielte Vernichtung von Finanzen! Hier wollen die Herren der Wachauer CDU („christlich, demokratisch“ hat hier offensichtlich einen anderen Sinn) mit dem Einsatz von min. 115.000 EUR eine

möglichst unattraktive Einraum-Kita schaffen, die wegen fehlendem Bedarf wieder zu schließen ist. Und von wegen „kein Bedarf“ – wenn eine werdende Mutti ihr Kind nicht schon vor dem 3. Schwangerschaftsmonat in einer Kita angemeldet hat, bekommt sie keinen Kita-Platz. Es gibt in Seifersdorf 35 Kinder bis 6 Jahre!

Egal ob 100.000 EUR oder 235.000 EUR, ob 18, 35 oder mehr Kinder: die Herren der CDU wollen nicht rechnen und wollen keine bürgernahe, soziale und zukunftsorientierte Kommunalpolitik machen. Wer immer wieder gegen mehr als 60% der Bürger entscheidet ist einfach fehl am Platz! Diktatur ist Geschichte in Deutschland! Ich freue mich auf die nächsten demokratischen Wahlen.